

Deutsche Verfassungsgeschichte

Willoweit / Schlinker / Schwarz

9. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-82594-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Willoweit/Schlinker/Schwarz
Deutsche Verfassungsgeschichte



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Deutsche Verfassungsgeschichte

Vom Frankenreich bis zur
Europäischen Union

Ein Studienbuch

Mit einer Zeittafel und einem Kartenanhang

begründet von

Dr. Dr. h. c. Dietmar Willoweit

weiland em. o. Professor an der Universität Würzburg
und Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

fortgeführt von

Dr. Steffen Schlinker

Professor an den Universitäten Würzburg und Greifswald,

Dr. Kyrill-Alexander Schwarz

Professor an der Universität Würzburg

9. überarbeitete und wiederum erweiterte Auflage, 2024



Zitiervorschlag: Willoweit/Schlinker/Schwarz, Dt. VerfG, § 5, Rn. 8

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN Print 978 3 406 82594 1

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82597 2

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestr. 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Gewidmet Dietmar Willoweit
(17. Juli 1936 – 24. April 2023)


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 9. Auflage

Dietmar Willoweit, der Begründer dieses Werks, ist am 24. April 2023 nach einem erfüllten Gelehrtenleben in Würzburg gestorben. Ihm soll daher diese neunte Auflage gewidmet sein.

Dietmar Willoweit hat mit seinem Lehrbuch über 30 Jahre lang das Bild von der Verfassungsgeschichte geprägt. In seinem beeindruckenden Lebenswerk hat er durch die Verbindung der Rechtsgeschichte mit der allgemeinen Geschichte für sein Fach einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Seine Beiträge zum Einfluss des *ius commune* auf die traditionale Rechtskultur seit dem hohen Mittelalter und insbesondere seine Arbeiten zur Bedeutung des gelehrten Rechtsdenkens für die Staatsbildung im Zuge der Rezeption haben Epoche gemacht. Da ihn die wesentlichen Grundbedingungen menschlichen Zusammenlebens faszinierten, standen die Organisationsformen menschlicher Gemeinschaften sowie die Funktion des Rechts als Begrenzung von Herrschaft, Macht und Gewalt im Zentrum seines Denkens. In den letzten Jahren hat sich Dietmar Willoweit insbesondere dem Begriff des Rechts zugewandt und in seinem jüngst posthum erschienenen Buch „Rechtsdenken“ den Schutz subjektiver Rechte als Kernaufgabe des Rechts herausgearbeitet. Es verdient noch einmal hervorgehoben zu werden, dass das Recht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, der Reziprozität, beruht. Die Anerkennung des Anderen als Gegenüber ist – so hat es Dietmar Willoweit ausgedrückt – für die Entstehung des Rechts konstitutiv, und die notwendige Folge des Gedankens der Reziprozität ist die immanente Begrenzung aller Rechte durch die Rechte des jeweiligen Gegenübers.

Es war der Wunsch Dietmar Willoweits, dass wir dieses Buch weiterführen sollten. Für die freundliche Bereitwilligkeit, dieses Vorhaben umzusetzen, schulden wir dem Verlag C.H. Beck und unserem Lektor, Herrn Dr. Johannes Wasmuth, herzlichen Dank. Die §§ 1–27 liegen daher nun in den Händen von Steffen Schlinker, die §§ 28–48 verantwortet Kyrill-Alexander Schwarz. Für die neunte Auflage sind in den Text nicht nur neue Forschungsergebnisse eingearbeitet worden, das Manuskript ist auch um einen neuen Abschnitt zur Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Staatenverbund und zur Europäisierung des Verfassungsrechts erweitert worden (§ 48). Die hier angesprochenen zentralen Themen lassen uns schwer erkennen, dass sich das Verfassungsrecht auch in der Gegenwart in Bewegung befindet. Wir würden uns daher freuen, wenn es diesem Buch auch weiterhin gelingt, das Interesse an der Verfassungsgeschichte und an der Ausbildung des Rechtsstaats wach zu halten, dessen Entstehung ebenso wenig selbstverständlich ist wie dessen Fortdauer.

Würzburg/Greifswald, am 24. April 2024 *Steffen Schlinker, Kyrill-Alexander Schwarz*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 3. Auflage

Einer kurzen Erläuterung bedarf die Auswahl und Einordnung der Literatur zur Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik. Die Literaturhinweise dieses Buches unterscheiden jeweils zwischen zeitgenössischer und historisch analysierender Literatur. Ich habe versucht, diese Unterscheidung auch für die 40 Jahre der westdeutschen Bundesrepublik aufrechtzuerhalten, obwohl natürlich die bis 1990 publizierten historischen Untersuchungen selbst Zeitzeugnisse sind. Es macht indessen einen Unterschied, ob systematisch über die richtige Lösung eines Verfassungsproblems nachgedacht oder schon der Versuch unternommen wurde, eine Verfassungsentwicklung historisch zu verstehen. Über die Zuordnung mag man im Einzelfall streiten. An der Unterscheidung selbst habe ich aber schon um der methodischen Schulung des Lesers willen festgehalten. Eine weitere Schwierigkeit bei der Beurteilung der Literatur ergab sich aus dem Umstand, dass die Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik von Anbeginn von einem Diskurs über Verfassungsentwicklung und Rechtspolitik begleitet war. Dieses weder als rechtsdogmatisch noch als rechtshistorisch einzuordnende Schrifttum wurde bei § 44 gesondert aufgeführt.

München und Würzburg, Anfang Juni 1997

Dietmar Willoweit


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Verfassungsgeschichte ist die Geschichte der rechtlichen Regeln und Strukturen, die das Gemeinwesen und damit die politische Ordnung prägen. Sie erschließt den historischen und politischen Horizont, innerhalb dessen der Jurist in Staat und Gesellschaft handelt. Auf Vorlesungen über Deutsche Verfassungsgeschichte und Lehrbücher dieser Disziplin kann die juristische Ausbildung daher nicht verzichten. Viele der vorliegenden Werke sind aber, im Vergleich mit dem gegenwärtigen Forschungsstand, sowohl in ihrer Konzeption wie auch inhaltlich veraltet. Das hiermit vorgelegte Buch versucht, einen Beitrag zu der notwendigen Reorganisation des Faches zu leisten. Es will dabei nicht mehr sein als ein Studienbuch, den Stoff also lesbar, verstehbar und lernbar vermitteln. Auf einige Besonderheiten der Darstellung sei vorab aufmerksam gemacht.

Aufgegeben wurde die in der bisherigen Literatur weitverbreitete Trennung der „Verfassungsgeschichte der Neuzeit“ von einer „Mittelalterlichen Verfassungsgeschichte“. Diese Unterscheidung und mit ihr die Epochengrenze um 1500 ist sachlich nicht gerechtfertigt, weil wesentliche Elemente des neuzeitlichen Staates im Mittelalter entstanden sind. Zu erweitern war das Blickfeld auch insofern, als nicht nur die übergreifenden Institutionen, sondern – im Sinne des vorangestellten Verfassungsbegriffs – möglichst auch die gesellschaftsnahen Verfassungsebenen Berücksichtigung finden sollten. Dabei besteht freilich hinsichtlich der Neuzeit ein Nachholbedarf, der nicht auf einmal bewältigt werden kann. Das dem Autor wichtigste Anliegen war jedoch, die stete Entwicklung der sich allmählich ändernden Rechtslagen und Rechtsüberzeugungen deutlich zu machen. Aus diesem Grunde schreitet die Darstellung in relativ kleinen zeitlichen Schritten voran. Die wenig befriedigende Konsequenz, viele und manchmal zufällige Jahreszahlen zur Markierung des historischen Wandels verwenden zu müssen, war als das geringere Übel in Kauf zu nehmen.

Einer Erläuterung bedürfen die Literaturhinweise. Sie mussten einerseits aus Raumgründen begrenzt bleiben und sollten sich andererseits auch auf die wichtigste Literatur beschränken, um dem Studenten die Orientierung zu erleichtern. Ich habe mich dafür entschieden, in erster Linie die neuere Literatur zu berücksichtigen. Bekannte ältere Titel, auch Standardwerke, wird mancher Leser vermissen. Sie sind jedoch regelmäßig über das angegebene Schrifttum einfach zu erreichen. Unerwähnt bleiben mussten in großem Umfang allgemeineschichtliche Darstellungen, obwohl sie vielfach Verfassungsfragen behandeln. Ich habe sehr oft auch darauf verzichtet, Einzeltitel aus Sammelbänden aufzuführen. Diese erscheinen überwiegend nur unter dem Namen des Herausgebers. Nicht aufgeführt sind mit Rücksicht auf die enger angelegte Konzeption des Buches Arbeiten zur vergleichenden Verfassungsgeschichte. Schließlich war bei Quelleneditionen und staatsphilosophischen Werken auf leichte Zugänglichkeit für Studenten der Rechtswissenschaft zu achten. Insgesamt können die Literaturhinweise daher nur einen Ausschnitt bieten. Dieser allerdings wurde sorgfältig durchdacht, um den Studierenden den kürzesten Weg zu modernen Fragestellungen und Methoden zu eröffnen. Publikationen des Jahres 1989 konnten nur noch ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Eine Reihe von Kollegen hat die Mühe auf sich genommen, jeweils große Teile des Manuskripts zu lesen. Für freundschaftlichen Rat und anregende Kritik danke ich Klaus Adomeit (Berlin), Harm-Hinrich Brandt (Würzburg), Bernhard Diestelkamp (Frankfurt), Hasso Hofmann (Würzburg), Volker Press (Tübingen), Rolf Sprandel (Würzburg) und Michael Stolleis (Frankfurt). Ein herzlicher Dank gilt den engagierten Mitarbeitern, meinem langjährigen Assistenten Assessor Harry Schlip und meiner Sekretärin Frau Petra Bader, Frau Dr. phil. Gertrud Mlynarczyk, Herrn Wolfgang Frh. v. Eyb, M. A. und Herrn Thomas Schindler, M. A., ferner stud. iur. Volker Halbleib, stud. iur. Martina Hanke und stud. iur. Udo Schneider.

Würzburg, am 14. Juli 1989

Dietmar Willoweit


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 9. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 3. Auflage	IX
Vorwort zur 1. Auflage	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Verzeichnis abgekürzt zitierter Zeitschriften, Reihen und Quellen- sammlungen	XXXV

Einleitung. Gegenstand und Methode	1
§ 1. Verfassungsbegriff und Verfassungsgeschichte	1
I. Der Verfassungsbegriff der Staatsrechtslehre	1
II. Das historische Verfassungsverständnis	2
1. Vorschlag einer Definition	2
2. Recht als Merkmal der Verfassung	2
3. Verfassung als Ordnung des Gemeinwesens	4
§ 2. Grundfragen der Verfassungsgeschichtsschreibung	5
I. Entwicklungsstufen der Methodenreflexion	5
1. Das Problem des hermeneutischen Zirkels	5
2. Die „Staats- und Rechtsgeschichte“ des 19. Jahrhunderts	5
3. Die neuere Methodenkritik	6
II. Methodische Überlegungen zu einer „Deutschen Verfassungsgeschichte“	7
§ 3. Forschungsstand und Aufbau der Darstellung	9
I. Grundriss der Forschungsgeschichte im Spiegel der Literatur	9
1. Vorbemerkung	9
2. Die ältere „Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte“	9
3. Die „Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit“	10
4. Die neuere „mittelalterliche Verfassungsgeschichte“	12
5. Neuere Gesamtdarstellungen der deutschen Verfassungsgeschichte	13
6. Verfassungsgeschichte in neueren Darstellungen der Deutschen Rechtsgeschichte	13
7. Die zunehmende Bedeutung der Lexika und Handbücher	14
8. Quellensammlungen	16
II. Epochen- und staatenübergreifende Studien	17
1. Zur jüngeren Entwicklung der Forschung	17
2. Längsschnittuntersuchungen zu Aspekten der deutschen Verfassungsgeschichte	18
3. Literatur zur partikularen deutschen und ehemals deutschen Verfassungsgeschichte	20
4. Literatur zur vergleichenden Verfassungsgeschichte	21
III. Zur Konzeption des vorliegenden Buches	24
1. Aufbau	24
2. Zur Auswahl weiterführender Literatur	25

1. Teil. Vom Personenverband zur Reichsorganisation

1. Kapitel. Ausklang der Spätantike im fränkischen Reich (482–843)	29
§ 4. Älteste Grundlagen der deutschen Verfassungsgeschichte	29
I. Innergesellschaftliche Verfassungsbildung	29
II. Fränkische Herrschaftsbegründung auf römischem Reichsgebiet	30
III. Einflüsse römischer Verwaltungspraxis	31
1. Amtsstellungen	31
2. Gesetzgebung	32
3. Landleihe, Grundherrschaft, Münz- und Zollwesen	32
4. Die römische Kirche	33
§ 5. Das fränkische Königtum und die Kaiserwürde Karls des Großen	33
I. Das fränkische Königtum	35
1. Das Königsheil	35
2. Die Königswahl	36
3. Aufgaben des Königtums	37
4. Das Kaisertum	37
5. Teilungen des Reiches	38
II. Verfassungsstrukturen	39
1. Der personale Charakter der Herrschaftsbeziehungen	39
2. Der königliche Hof	39
3. Herzöge und Markgrafen	40
4. Grafschaften	41
5. Königsboten	42
6. Kirchliche Immunitäten	42
7. Leihverhältnisse und Lehnswesen	43
III. Elemente der Herrschaftspraxis	44
1. Recht, Gericht und Rechtsaufzeichnungen	44
2. Die Kapitularien	45
2. Kapitel. Höhepunkt und Zerfall weltlich-kirchlicher Herrschaftseinheit (843–1137)	45
§ 6. Vom ostfränkischen zum deutschen Reich	45
I. Teilung und Einheit des Frankenreiches	46
1. Westfranken, Ostfranken, Lotharingen	46
2. Die Frage nach der „Entstehung des Deutschen Reiches“	46
II. Das Reich der Deutschen	47
1. Herrschaftsräume und Einflusszonen	47
2. Benennung und Selbstwahrnehmung	48
§ 7. Die Herrschaftsordnungen	49
I. Herrschaftselemente	51
1. Germanische Überlieferungen	51
2. Adelherrschaft	52
3. Haus- und Grundherrschaft	52
4. Gerichtsbarkeit	53
5. Recht in schriftloser Gesellschaft	54
II. Das Königtum	55
1. Aufgaben und Verständnis des Königtums	55

2.	Die Königserhebung	55
3.	Die Stellung der Herzöge	57
4.	Die Herrschaftsschwerpunkte des Königtums und die Ausdehnung des Reiches	58
5.	Personale Herrschaftsverhältnisse: Gefolgsleute, Kaufleute, Juden	59
6.	Die Reichskirche	60
III.	Anfänge der mittelalterlichen Friedensbewegung	61
§ 8.	Das universale Kaisertum und der Konflikt mit dem Papsttum	61
I.	Die Stellung des Kaisers	62
1.	Der Kaisertitel	62
2.	Rechte des Kaisers	63
II.	Der Kaiser und das Papsttum	64
1.	Die kirchliche Reformbewegung	64
2.	Die „Konstantinische Schenkung“	64
3.	Päpstliche Schutzprivilegien	64
III.	Der Investiturstreit	65
1.	Ziele und Erfolge der päpstlichen Politik	65
2.	Das Wormser Konkordat	66
3. Kapitel.	Der Durchbruch rationaler Verfassungsorganisation unter den staufischen Herrschern (1138–1254)	67
§ 9.	Verfassungspolitik unter dem Einfluss römischen Rechtsdenkens: Die Zeit Friedrichs I. Barbarossa und Heinrichs VI.	67
I.	Die Legitimation monarchischer Herrschaft	68
1.	Die Heiligkeit des Reiches	68
2.	Einflüsse des römischen und kanonischen Rechts	69
II.	Herrschaftsmittel und -strukturen	69
1.	Hierarchisches Verfassungsdenken	69
2.	Der Erbreichsplan Heinrichs VI.	70
3.	Reichsfürsten	70
4.	Landfriedensgesetzgebung	72
5.	Reichsministeriale	72
6.	Reichsgut	72
7.	Städtepolitik	73
8.	Die territoriale Ausweitung des Reiches	73
§ 10.	Anfänge flächenstaatlicher Entwicklungen: Die späte Stauferzeit	74
I.	Das Kaisertum Friedrichs II.	75
1.	Die Persönlichkeit des Kaisers	75
2.	Die römische Tradition	75
3.	Der universale Anspruch des Kaisertums	76
4.	Religionspolitik	76
II.	Territorialpolitische Maßnahmen Friedrichs II.	77
1.	Die Gesetzgebung für das sizilische Erbe	77
2.	Die Fürstenprivilegien	77
3.	Die Begründung neuer Fürstentümer	79
4.	Der Mainzer Reichslandfrieden und die kaiserliche Landfriedenspolitik	79
III.	Der Untergang der staufischen Dynastie	80

IV. Wandlungen der Rechtsordnung	80
1. Das gelehrte Recht und die Anfänge der Rezeption	80
2. Schriftlichkeit des einheimischen Rechts	81

2. Teil. Reichsordnung und Staatsbildung

1. Kapitel. Wahlkönigtum und Ausbau der Landesherrschaft im späten Mittelalter (1254–1410)	83
§ 11. Die Kurfürsten und der Dualismus von Kaiser und Reich	83
I. Die Kurfürsten als Königswähler bis zur Goldenen Bulle	84
1. Das „Interregnum“ und die Ursprünge des Kurfürstenkollegiums	84
2. Wahlregeln und Wahlpraxis	85
II. Die Königswahl im Brennpunkt der Rechtspolitik	86
1. Die kurfürstliche Position	86
2. Der päpstliche Approbationsanspruch	87
3. Die Goldene Bulle von 1356	87
III. Der politische Anspruch des Kaisertums	88
§ 12. Politische Grundlagen und Machtmittel des Königtums	89
I. Der Herrschaftsraum	90
1. Revindikation und Veräußerung von Reichsgut	90
2. Hausgut und königsnahe Landschaften	91
3. Die Reichsfürsten	91
II. Der königliche Hof	92
1. Hofkanzlei und Hofämter	92
2. Die königliche Gerichtsbarkeit	93
III. Gesetzgebung	93
1. Landfriedenspolitik	93
2. Ansätze kaiserlicher Gesetzgebung	94
§ 13. Fürstentum und Landesherrschaft	94
I. Allgemeine Merkmale	96
1. Fürsten und Landesherren	96
2. Strukturwandel adliger Herrschaft	96
3. Politische und eigentumsrechtliche Motive der Herrschaftsbildung	97
II. Herrschaftsorganisation	97
1. Herrschaftsrechte und die Entstehung lokaler Ämter	97
2. Der mittelalterliche Amtsbegriff	98
3. Erste Ansätze zentraler Verwaltungseinrichtungen	99
4. Die Entstehung der Landstände	100
5. Strukturen des Herrschaftsraumes	101
III. Die allmähliche Genese der deutschen Staatenwelt	102
1. Der altfränkische und alemannische Raum	102
2. Entwicklungen im Westen des Reiches	103
3. Bayern, Österreich und der Alpenraum	103
4. Sachsen, Friesland und die ostelbischen Territorien	104
IV. Anfänge einer Staatstheorie	105
V. Die Entstehung der Territorialhoheit im Überblick	106

§ 14. Herrschaft und Genossenschaft in Stadt und Dorf	106
I. Die Stadtverfassung	108
1. Stadtbürgerliche Wertvorstellungen	108
2. Stadtherrschaft	108
3. Der Rat	109
4. Innerstädtische Verfassungskämpfe	110
5. Die Entwicklung der Stadt zur Rechtsperson	110
II. Städtische Rechtsbildung	111
III. Die Dorfverfassung	112
1. Die Dorfgemeinde	112
2. Herrschaftliche und genossenschaftliche Elemente der Dorfverfassung	113
3. Rechtsformen der Liegenschaftsnutzung	113
IV. Die deutsche Ostsiedlung	114
1. Städtegründungen und Siedelrechte	114
2. Auswirkungen auf die Herrschaftsverhältnisse in Ostmitteleuropa	115

**2. Kapitel. Die Verrechtlichung der Reichsverfassung und die
Herausbildung des Obrigkeitsstaates (1410–1555)** 116

§ 15. Die Reichsreform	116
I. Reformbedarf im spätmittelalterlichen Reich	118
1. Der Gedanke der „Reformation“	118
2. Ursachen der Reformbewegung	118
3. Reforminitiativen und Reformschrifttum	119
4. Entwürfe für ein Reichssteuersystem	120
5. Erfolge kaiserlicher Kirchenpolitik	121
II. Die Reformen unter König Maximilian I. seit 1495	121
1. Die Formierung des Reichstags	121
2. Der Ewige Landfriede und das Reichskammergericht	122
3. Die Reichskreise	123
III. Die Reichsverfassung im Zeichen der reformatorischen Bewegung	123
1. Reformation und Reichsverfassung	123
2. Zwischen Duldung und Repression – der Weg zum mehrkonfessionellen Reich	124
3. Reichsgesetzgebung und Reichssteuerwesen	126
§ 16. Einungen und korporative Verfassungsformen	127
I. Das ältere Einungswesen des 13. und 14. Jahrhunderts	128
1. Die Einung als Verfassungsalternative	128
2. Städtebünde	128
3. Die „Schweizerische“ Eidgenossenschaft	129
II. Ansätze einer Reorganisation des Reiches	129
1. Der Schwäbische Bund	129
2. Konfessionsbünde	130
3. Das „Reichsbund“-Projekt Kaiser Karls V.	130
4. Die Kurien des Reichstages	131
5. Die Reichsritterschaft	131

§ 17.	Landesherr und Landstände im Obrigkeitsstaat	132
	I. Von der Landesherrschaft zum Territorialstaat	133
	II. Die Ratskollegien am Hofe	134
	1. Der Hofrat und sein Verfahren	134
	2. Die Hofkammer	135
	3. Hofgericht, Gerichtswesen und Strafverfolgung	135
	4. Kirchenrat und Kriegsrat	136
	III. Die Dienstverhältnisse	136
	IV. Die Landstände	137
	1. Interessen und Aufgaben	137
	2. Teilhabe am fürstlichen Rat	138
	3. Verträge zwischen Fürst und Landständen	138
	V. Verfassungspolitische Ziele im Bauernkrieg	138
	1. Der Kampf um das alte Recht	138
	2. Landständische Ideen im Bauernkrieg	139
§ 18.	Wandlungen der Rechtsordnung: Die Entstehung des Gesetzgebungsstaates	139
	I. Voraussetzungen	140
	1. Die Ausbreitung gelehrter Juristen	140
	2. Vorformen der Landesgesetzgebung	142
	II. Formen der Rechtssetzung im 15. und 16. Jahrhundert	142
	1. Rechtsbesserung	142
	2. Landes- und Polizeiordnungen	143
	III. Sozialethisch motivierte Kompetenzerweiterungen	144
	1. Das vor- und nachreformatorische Kirchenregiment	144
	2. Die reformatorischen Kirchenordnungen	145
3. Kapitel. Die Reich und Territorien im Zeichen des Konfessionalismus (1555–1648)		
§ 19.	Der Augsburger Religionsfrieden und die Reichsverfassung	146
	I. Der Passauer Vertrag von 1552	147
	II. Der Augsburger Reichstag von 1555	148
	1. Die Regelungen des Reichsabschieds	148
	2. Politische Ziele und Rechtsvorstellungen der Religionsparteien	150
	III. Die Reichsverfassung im konfessionellen Zeitalter	151
	1. Verfassungspolitik unter dem Einfluss des Religionsfriedens	151
	2. Verfassungspolitik im Zeichen religionspolitischer Konfrontation	152
	3. Der Streit um Säkularisationen vor dem Reichskammergericht	153
	4. Die kaiserliche Gerichtsbarkeit des Reichshofrates	154
	5. Das Versagen des Reichstages im Säkularisationskonflikt	154
	6. Intakte Funktionen des Reichstags	155
§ 20.	Die Vollendung des Obrigkeitsstaates	155
	I. Die Konfessionalisierung des Staates	157
	1. Politische Ziele und Mentalitäten	157
	2. Allgemeine Merkmale der Konfessionalisierung	158
	3. Konfessionsspezifische Strukturen lutherischer und calvinistischer Territorien	159

4.	Auswirkungen der katholischen Reform	160
II.	Strukturwandel des Gerichtswesens	161
1.	Territorialisierung der Gerichtsverfassung	161
2.	Die Durchsetzung des öffentlichen Strafanspruchs	161
3.	Funktion und Verwaltung der Stände	162
III.	Das Deutungskonzept der „Sozialdisziplinierung“	162
§ 21.	Verfassungsfragen im Dreißigjährigen Krieg und die Neuordnung des Westfälischen Friedens 1648	162
I.	Verfassungspolitische Ziele und Regelungen im Verlaufe des Krieges	163
1.	Die erste Kriegsphase (1618–1627)	163
2.	Auf dem Höhepunkt der kaiserlichen Macht (1627–1630): das Restitutionsedikt	164
3.	Vorstellungen Schwedens und Hessen-Kassels (1630–1634)	165
4.	Der Frieden von Prag 1635	165
II.	Der Westfälische Frieden	166
1.	Der Friedenskongress und das Vertragswerk	166
2.	Die Regelung der Religionsfragen	168
3.	Die Regelung der Rechte des Kaisers und der Reichsstände	169
III.	Das territoriale Bild des Reiches	170
4. Kapitel.	Die Landeshoheit im Rahmen der Reichsverfassung (1648–1740)	171
§ 22.	Souveränität und Landeshoheit: Die politische Theorie und Staatsrechtswissenschaft im 17. Jahrhundert	171
I.	Der Staat in der Politikwissenschaft des Humanismus	172
1.	Der Souveränitätsbegriff des Jean Bodin	172
2.	Die aristotelische Politologie des Späthumanismus	173
II.	Deutsche Verfassungsfragen in der juristischen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts	174
1.	Die Entstehung der wissenschaftlichen Disziplin des Ius publicum	174
2.	Das Reich im staatsrechtlichen Schrifttum	175
3.	Die Territorien im staatsrechtlichen Schrifttum	176
III.	Recht und Staat bei den Klassikern des Naturrechts	177
IV.	Der „Usus modernus“ oder die Entdeckung der Geschichtlichkeit des Rechts	179
§ 23.	Absolutismus und traditionale Herrschaftsformen	179
I.	Probleme der Absolutismusforschung	181
II.	Charakteristische Merkmale des Absolutismus	182
1.	Säkularisierung der Staatsgewalt	182
2.	Das stehende Heer	182
3.	Entwicklungspolitik und Verwaltungsreformen	183
4.	Recht zwischen Normbindung und Missbrauch	184
III.	Der Aufstieg der deutschen Großmächte unter dem Einfluß des absolutistischen Politikverständnisses	185
1.	Brandenburg-Preußen	185
2.	Die habsburgischen Staaten	187

IV.	Landständische Strukturen deutscher Mittelstaaten	189
V.	Reichsstädte und Reichsritter	191
§ 24.	Das Reich, der Kaiser und der gemeine Mann	192
I.	Grundlagen der Reichsverfassung	194
1.	Moderne Verständnisprobleme	194
2.	Die reichsständische Libertät	194
3.	Die Reichsstandschaft	195
II.	Der Reichstag	195
1.	Die Entstehung des Immerwährenden Reichstags	195
2.	Die Sonderstellung der Kurfürsten	196
3.	Die Reichstagskollegien	196
4.	Das Beratungs- und Entscheidungsverfahren	197
III.	Das reichsständische Bündniswesen und die Kreisverfassung	197
1.	Antikaiserliche Bündnispolitik	197
2.	Reichskreise und Kreisassoziationen	198
IV.	Der Kaiser	199
1.	Lehnshoheit und Reservatrechte des Kaisers	199
2.	Verfassungspolitische Einflussmöglichkeiten	199
3.	Der Reichshofrat	200
V.	Das Reichskammergericht	201
VI.	Die Untertanen	202
1.	Der Untertanenstatus der ländlichen Bevölkerung	202
2.	Die Stadtbürger	203
VII.	Reformschrifttum	204
5. Kapitel. Die Einflüsse der Aufklärung und der Untergang des Heiligen Römischen Reiches (1740–1806)		
§ 25.	Wandlungen des Rechts- und Staatsdenkens	205
I.	Methoden	206
1.	Vernunftrechtliches Denken	206
2.	Historisches Rechtsdenken	207
II.	Einflüsse des Vernunftrechts	207
1.	Der Staat als Rechtspersönlichkeit	207
2.	Gemeinwohl als Staatszweck	208
3.	Wandlungen des Gesetzesbegriffs	209
4.	Die Idee der Menschen- und Bürgerrechte	209
5.	Die Verfassungsidee	211
III.	Perspektiven der Staatslehre bei Kant und Hegel	211
§ 26.	Die Spätzeit des Reiches und die politische Praxis	213
I.	Politische Gefährdungen der Reichsverfassung	214
1.	Aussterben der Habsburger im Mannesstamm	214
2.	Streit um die Reichskirche und den „Deutschen Fürstenbund“	215
II.	Reichsreformprojekte	216
III.	Förderer aufgeklärter Politik	216
1.	Fürsten	216
2.	Beamte	217
IV.	Ziele aufgeklärter Politik	217
1.	Herrschaft der Gesetze	217

2. Justizreformen	219
3. Religions-, Bildungs- und Gleichheitspolitik	219
4. Verwaltungsreformen	220
V. Der aufgeklärte Absolutismus im Urteil der Wissenschaft	221
§ 27. Der Verfall der Reichsverfassung seit dem Beginn der französischen Revolutionskriege und die Niederlegung der römischen Kaiserkrone	222
I. Die Verfassungspolitik der deutschen Großmächte	223
1. Erste Auswirkungen der Französischen Revolution	223
2. Territoriale Expansion	224
3. Die Sonderfrieden Preußens und Österreichs mit Frankreich	224
4. Vergeblicher Widerstand gegen Eingriffe in die Integrität der Territorien	224
II. Die Neuordnung der Reichsverfassung	225
1. Der Frieden von Lunéville 1801 und der Reichsdeputationshauptschluss 1803	225
2. Strukturelle Veränderungen durch Säkularisierung und Mediatisierung	227
III. Das Ende des Reiches	228
1. Der Rheinbund	228
2. Die Niederlegung der römischen Kaiserkrone am 6. 8. 1806	229

3. Teil. Der monarchische Verfassungsstaat

1. Kapitel. Das deutsche Staatensystem zwischen Spätabolutismus und Frühkonstitutionalismus (1806–1848)	231
§ 28. Staats- und Gesellschaftsreformen	231
I. Motive der Reformpolitik in Preußen und in den Rheinbundstaaten	232
II. Verwaltungsreformen	233
1. Neuordnung der regionalen Verwaltungseinrichtungen	233
2. Die Einrichtung von Fachministerien	234
3. Der Staatsrat	235
4. Die Verstaatlichung der Gemeinden und die preußische Städteordnung von 1808	236
5. Wandel des Beamtenbegriffs	236
III. Gesellschaftspolitische Reformmaßnahmen	236
1. Bauernbefreiung und Grundentlastung	236
2. Die Modernisierung der privatrechtlichen Eigentumsordnung durch den Code civil	238
3. Gewerbefreiheit	238
IV. Reformbarrieren: Vorrechte des Adels und Minderrechte der Juden	239
§ 29. Verfassungsurkunden und Verfassungspraxis im Vormärz	239
I. Erste Ansätze einer konstitutionellen Verfassungspolitik	241
1. Die Verfassungen der Rheinbundstaaten	241
2. Preußische Verfassungspläne	242
3. Die süddeutsche Verfassungsgesetzgebung von 1818/19 und die mitteldeutschen Verfassungen von 1831/33	243

II.	Strukturen des deutschen Frühkonstitutionalismus	244
1.	Unverletzlichkeit des Monarchen und Ministerverantwortlichkeit	244
2.	„Stände-Versammlungen“	245
3.	Staatsbürgerrechte	246
4.	Die sog. Domänenfrage	246
III.	Verfassungstheorien	247
1.	Die Lehre vom monarchischen Prinzip	247
2.	Die liberale Staatstheorie	247
IV.	Die frühkonstitutionelle Verfassungspraxis	248
1.	Monarchische Regierung und Gesetzgebung der Landtage	248
2.	Verfassungskonflikte	249
§ 30.	Deutscher Bund und deutsche Einheitsbestrebungen	249
I.	Verfassungspläne am Ende der napoleonischen Ära	250
II.	Die Bundesverfassung	252
1.	Zweck, Struktur und politische Mittel des Bundes	252
2.	Gemeinsame verfassungspolitische Ziele der Mitgliedstaaten	253
3.	Das Bundesgebiet	253
III.	Die repressive Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes	254
1.	Die Karlsbader Beschlüsse	254
2.	Die Bundespraxis	254
IV.	Nationale Bewegung und bürgerliche Vereinsbildung	255
V.	Der Deutsche Zollverein	256
2. Kapitel.	Auf dem Wege zum Nationalstaat (1848–1871)	256
§ 31.	Die Verfassungspolitik der Revolutionszeit und die Reichsverfassung von 1849	256
I.	Politische Bewegungen in der Zeit des Vormärz	257
II.	Der Weg zur ersten deutschen Nationalversammlung	258
1.	Revolutionäre Verfassungspolitik im Frühjahr 1848	258
2.	Ansätze zu einer Reform des Deutschen Bundes	259
3.	Die Wahlen zur Nationalversammlung	260
III.	Das Verfassungsleben der Nationalversammlung	260
1.	Zusammensetzung des Parlaments	260
2.	Entstehung von Parteien und politischen Vereinen	261
3.	Die Einrichtung einer Zentralgewalt	262
4.	Das Verhältnis von Parlament und Regierung	263
IV.	Die Beratungen über die Reichsverfassung	263
1.	Grundrechte	263
2.	Staatsorganisation	264
V.	Das Scheitern der Reichsverfassung	265
1.	Zurückweisung der Kaiserwürde durch den preußischen König	265
2.	Vergeblicher Kampf für die Reichsverfassung	265
§ 32.	Nachrevolutionäre Einigungspolitik und Verfassungsgestaltung	266
I.	Deutschlandpolitik im Zeichen der preußisch-österreichischen Rivalität	267
1.	Preußens „Erfurter Union“ und ihr Scheitern	267

2.	Vergebliche Versuche einer Reform des Deutschen Bundes . . .	268
3.	Ansätze einer deutschen Rechtseinheit	269
4.	Die Krise des Deutschen Bundes	270
II.	Preußen als Verfassungsstaat	270
1.	Preußische Verfassungspolitik 1848/50	270
2.	Die preußische Verfassung von 1850	271
3.	Der preußische Verfassungskonflikt	272
III.	Der österreichische Neo-Absolutismus	274
IV.	Die Rechtspolitik der deutschen Staaten	274
V.	Anfänge einer modernen gemeindeutschen Staatslehre	275
§ 33.	Gesellschaftsnahe Verfassungsebenen	275
I.	Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft	276
II.	Die Entwicklung der Gesellschaftsordnung zwischen Freiheit und Reglementierung	277
1.	Altständische Relikte der Adels- und Agrargesellschaft	277
2.	Gewerbe- und Unternehmensfreiheit	278
3.	Berufsständische Ordnungsmodelle	279
4.	Organisationsformen der Arbeiterschaft	279
5.	Anfänge des modernen Genossenschaftswesens und der Betriebsverfassung	281
6.	Die Judenemanzipation	281
III.	Die Kommunalverfassung	281
IV.	Staat und Kirche	282
3. Kapitel.	Das deutsche Kaiserreich (1867/71–1918)	283
§ 34.	Reichsgründung und Reichsverfassung	283
I.	Der Norddeutsche Bund	284
1.	„Revolutionäre“ Elemente der Staatsgründung Bismarcks	284
2.	Verfassungspraxis und politische Ziele	284
II.	Die Reichsgründung als politischer Prozess	285
1.	Geschichtliche Rahmenbedingungen	285
2.	Preußen und die süddeutschen Staaten nach 1866	285
3.	Der diplomatische Konflikt mit Frankreich	286
4.	Der Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund und die Kaiserproklamation von 1871	286
III.	Verfassungsfragen	287
1.	Verfassungspolitische Ziele Bismarcks	287
2.	Die Verfassungsdebatte von 1867 und die Änderungen von 1871	288
3.	Das Staatsorganisationsrecht der Bismarckschen Reichsverfassung	289
IV.	Die Legitimitätsfrage	290
§ 35.	Das „System Bismarck“	291
I.	Gesellschaft und nationales Denken im Deutschen Reich	293
II.	Die Verfassungspraxis	294
1.	Reichskanzler und Reichsämtler	294
2.	Der Bundesrat	295
3.	Die Parteien	295

III.	Verfassungspolitische Grenzfragen der Politik Bismarcks	296
1.	Kulturkampf	296
2.	Abkehr von der liberalen Freihandelspolitik	297
3.	Sozialistengesetzgebung	298
4.	Regierungspolitik mit wechselnden Reichstagsmehrheiten	298
IV.	Der Ausbau des Rechtsstaates	299
§ 36.	Vom „persönlichen Regiment“ des Kaisers zur „Parlamentarisierung“ . . .	300
I.	Der Kaiser und die Reichsleitung nach dem Abschied Bismarcks	301
1.	Der Selbstregierungsanspruch Kaiser Wilhelms II.	301
2.	Reichskanzler und Staatssekretäre	302
II.	Der Reichstag	303
1.	Reichstag und Reichsleitung	303
2.	Parteigründungen	303
3.	Parlamentarisierungstendenzen	304
III.	Grundlegung des Sozialstaates	305
IV.	Politische Handlungsräume der deutschen Bundesstaaten	306
V.	Die Kolonialherrschaft	307
VI.	Die Staatsrechtslehre im Kaiserreich	307
VII.	Verfassungsentwicklungen im Ersten Weltkrieg	308
1.	Die Reichsverfassung unter Kriegsbedingungen	308
2.	Die Intensivierung der Staatstätigkeit	309
4. Teil. Zwischen Demokratie und Diktatur		
1. Kapitel. Die Weimarer Republik (1918–1933) 311		
§ 37.	Die Errichtung der Republik und die Weimarer Reichsverfassung	311
I.	Der quasilegale Übergang von der Monarchie zur Republik	312
1.	Das deutsche Waffenstillstandsangebot	312
2.	Revolutionäre Unruhen	313
3.	Die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 und die Übertragung des Reichskanzleramtes auf Friedrich Ebert	313
4.	Verfassungsgeschichtliche Würdigung	314
II.	Revolutionäre Wurzeln der Republik	315
1.	Die Arbeiter- und Soldatenräte und der Rat der Volksbeauftragten	315
2.	Die Entscheidung gegen das Rätensystem und für die Wahl einer Nationalversammlung	316
III.	Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung	317
1.	Der Verfassungsentwurf von Hugo Preuß	317
2.	Zusammensetzung und Beratungen der Nationalversammlung	317
IV.	Die Regelungen der Weimarer Reichsverfassung	318
1.	Das Staatsorganisationsrecht	318
2.	Grundrechte und Grundpflichten	319
3.	Das Reich und die Länder	320
4.	Das Staatskirchenrecht	321
§ 38.	Verteidigung und Niedergang der Demokratie	322
I.	Verfassungspolitische Krisen 1919 bis 1923	323
1.	Gründe der politischen Radikalisierung	323

2. Bewaffnete Aufstände und politische Morde	324
3. Revolutionäre und separatistische Bewegungen im Jahre 1923	325
4. Anwendung und Ausdehnung des Notverordnungsrechts	326
II. Die Konsolidierung der Republik seit 1924	327
1. Parlament und Regierungen	327
2. Das Amt des Reichspräsidenten	328
3. Plebiszite	328
4. Versagen des parlamentarischen Systems in der Wirtschaftskrise 1929	328
III. Reformpolitik	329
1. Das Projekt einer Reichsreform	329
2. Sozialstaatliche Reformen	329
IV. Politische Theorien und Mentalitäten	330
1. Staatsrechtliche Theoriebildung	330
2. Das Denken der „konservativen Revolution“	331
V. Die Krise der parlamentarischen Demokratie	331
1. Die Präsidialdiktatur Heinrich Brünnings	331
2. Franz von Papens Projekt eines „präsidialautoritativen Staates“	332
3. General von Schleichers Versuch einer „nationalen Konzentration“	334
2. Kapitel. Der nationalsozialistische Führerstaat (1933–1945)	334
§ 39. Die Zerstörung der Weimarer Reichsverfassung	334
I. Hitlers Berufung zum Reichskanzler und sein politischer Hintergrund	335
1. Die Initiative von Papens	335
2. Ziele und politische Praktiken Hitlers vor 1933	336
II. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten	337
1. Unterdrückung politischer Gegner durch die Notverordnungen vom 4. und 28. 1. 1933	337
2. Das Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933	338
3. Die Gleichschaltung der Länder	338
III. Legale Machtübernahme durch die Nationalsozialisten?	339
§ 40. Führerprinzip und „Volksgemeinschaft“	340
I. Die Führerideologie	342
II. Gleichschaltung der Gesellschaft	343
1. Die Beseitigung der Meinungsfreiheit	343
2. Zwangsvereinigung der „Volksgemeinschaft“	343
3. Disziplinierung der Beamten und der Wehrmacht	344
4. Ausgrenzung und Verfolgung von „Minderwertigen“	344
III. Strukturen des Führerstaates	345
1. Reichskommissare und Sonderbevollmächtigte	345
2. Hitlers Führungsstil	346
3. Der „SS-Staat“	347
4. Der Niedergang der Justiz	347
IV. Verbrechen als Staatsaufgabe	348

V. Verfassungspolitische Vorstellungen im deutschen Widerstand . . .	349
VI. Die These vom Doppelstaat	349
3. Kapitel. Die Teilung Deutschlands und die Entstehung der Nachfolgestaaten (1945–1949)	350
§ 41. Besatzungsregime und staatliche Reorganisation	350
I. Der Übergang der deutschen Staatsgewalt auf die Alliierten	353
1. Alliierte Planungen bis zum Ende des Krieges	353
2. Faktischer Übergang der Macht	353
II. Die Errichtung des Besatzungsregimes	354
1. Das Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945	354
2. Die Viermächteverwaltung Deutschlands	355
3. Frankreichs Veto gegen deutsche Zentralverwaltungen	355
4. Die verfassungspolitischen Ziele der Alliierten	356
III. Staatliche Reorganisation in den Westzonen	357
1. Militärregierungen und deutsche Verwaltungen	357
2. Bildung der westdeutschen Länder	357
3. Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen und „Entnazifizierung“	358
4. Die Entstehung der Länderverfassungen	359
IV. Staatliche Reorganisation in der sowjetischen Besatzungszone . . .	361
1. Militärregierung und deutsche Verwaltung	361
2. Die „antifaschistisch-demokratische Erneuerung“	361
3. Die Entstehung der Länderverfassungen	363
V. Ansätze zur Integration der Besatzungszonen	364
1. Die westdeutsche Bizonen-Verwaltung	364
2. Die Konferenzen der Ministerpräsidenten	364
§ 42. Die Entstehung des Grundgesetzes und des Verfassungssystems der DDR	365
I. Die Entscheidung für den westdeutschen Teilstaat	367
1. Die Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948	367
2. Der alliierte Verfassungsauftrag	368
3. Beratungen der Ministerpräsidenten und deutsch-alliierte Verhandlungen	368
II. Die Beratungen über das Grundgesetz	369
1. Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates	369
2. Verfahren, Probleme, Verkündung der Verfassung am 23. 5. 1949	369
3. Die Entscheidungen des Grundgesetzes	370
4. Zur geschichtlichen Bedeutung der Verfassungsgebung	371
5. Das Besatzungsstatut	372
III. Die Gründung der DDR	372
1. Erste Elemente eines sozialistischen Verfassungssystems: „Deutscher Volkskongress“ und „Deutscher Volksrat“	372
2. Verfassungsberatungen im Zeichen des Blocksystems	373
3. Die Regelungen der DDR-Verfassung	373

4. Kapitel. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)	374
§ 43. Das Ende der Besatzungshoheit und die Westintegration der Bundesrepublik	374
I. Von besatzungsrechtlichen zu integrationsbedingten Souveränitätsbeschränkungen	375
II. Besatzungsrecht und Besatzungspolitik der Alliierten	375
1. Erste Einschränkungen des Besatzungsstatuts	375
2. Schwierigkeiten und Folgen besatzungspolitischer Maßnahmen	376
3. Vertragliche Regelungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten	377
4. Das Problem der Souveränität	378
5. Die Rechtsstellung Berlins	378
III. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die europäische Integration	378
1. Der Europagedanke	378
2. Die erste Phase der Westintegration 1949/54	379
3. Die Römischen Verträge vom 25.3.1957 und die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	380
4. Stagnation und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft	381
IV. Europa und das Deutsche Reich	382
1. Wiedergutmachung als Sühne für die Vergangenheit	382
2. Die juristische Fortdauer des deutschen Gesamtstaates	383
§ 44. Verfassungsgeschichte unter dem Grundgesetz	384
I. Verfassungsänderung und Verfassungswandel	388
II. Änderungen des Grundgesetzes	389
1. Häufigkeit und politische Voraussetzungen	389
2. Die wichtigsten Ergänzungen der Verfassung	389
III. Entwicklungen des Staatsorganisationsrechts	390
1. Zunehmende Bedeutung der Parteien	390
2. Bundestag und Bundesregierungen	391
3. Das Amt des Bundespräsidenten	393
4. Wandlungen der bundesstaatlichen Ordnung	393
5. Kompetenzgewinne des Bundesrates	395
6. Das Bundesverfassungsgericht	395
IV. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundrechten	397
1. Grundrechte als Freiheitsrechte und objektive Wertordnung	397
2. Die „Ausstrahlung“ der Grundrechte auf die Rechtsordnung	398
V. Die Rechtspolitik der Bundesrepublik	399
VI. Das Sozialstaatsprinzip	400
1. Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung	400
2. Gesetzgebung	400
VII. Verfassungsordnung und Gesellschaft	401
1. Die marktwirtschaftliche Ordnung	401
2. Gesellschaftspolitische Ziele der Gewerkschaften	402
3. Verbände und Kirchen	402
4. Außerparlamentarische Opposition	403
VIII. Deutsche Vergangenheit und Legitimität der Bundesrepublik	404

§ 45. Die Deutsche Demokratische Republik	405
I. Staatstheoretische Grundlagen	408
1. Der marxistisch-leninistische Staatsbegriff	408
2. Der sozialistische Rechtsbegriff	408
II. Sozialistische Verfassungsprinzipien	409
1. Die führende Rolle der SED	409
2. Demokratischer Zentralismus	409
3. Sozialistische Gesetzlichkeit	410
4. Das Grundrechtsverständnis der DDR	411
III. Entwicklungen der Staatsorganisation bis 1968/71	411
1. Schaffung zentralistischer Strukturen	411
2. Die Errichtung des Staatsrats als Herrschaftsinstrument Walter Ulbrichts im Jahr 1960	412
3. Ministerrat und Volkskammer	413
IV. Anpassung des Verfassungstextes an die Verfassungsentwicklung ..	413
1. Die Verfassung von 1968	413
2. Die Entmachtung Walter Ulbrichts im Jahr 1971	414
V. Die Ostintegration der DDR	414
VI. Die Einheit von Staat und Partei	415
1. Politische Einheit und institutionelle Trennung	415
2. Selbstverständnis und Programmatik der SED	415
3. Die Parteiorganisation der SED	416
VII. Rechtsunsicherheit und Rechtsschutz	417
1. Das Ministerium für Staatssicherheit	417
2. Gerichtsbarkeit ohne Gewaltenteilung	417
3. Das Eingabewesen	418
4. Gesellschaftliche Gerichte	418
VIII. Einheit von Staat und Gesellschaft als politisches Ziel	419
1. Verstaatlichung der Industrie und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft	419
2. „Sozialistische Moral“ und Massenorganisationen	419
3. Der Aufstand vom 17.6.1953	420
4. „Fraktionsbildungen“ und Dissidenten	421
5. Die Kirchen	421
IX. Probleme einer historischen Deutung der DDR	422
1. „Unrechtsstaat“?	422
2. Die Totalitarismus-These	422
3. Die DDR vor dem Hintergrund der neueren geschichtlichen Entwicklung	423
§ 46. Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bis 1989	423
I. Die Deutschlandpolitik der DDR	424
II. Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik	426
1. Die Zeit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers	426
2. Deutschlandpolitische Pläne der oppositionellen SPD und neutralistischer Kreise	427
3. Die Berlin-Krise von 1958 bis 1963	428
4. Beginn einer „Normalisierung“ in der Zeit der großen Koalition 1966–1969	428

5.	Die Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition und der Grundlagenvertrag von 1972	429
III.	Die „Normalität“ der geteilten Nation 1972 bis 1989	430
§ 47.	Die Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung	430
I.	Der Zerfall des politischen Systems der DDR	432
1.	Politische und ökonomische Schwierigkeiten in den achtziger Jahren	432
2.	Die Zuspitzung der Krise seit dem Sommer 1989	432
3.	Bürgerbewegungen und Demonstrationen	433
4.	Die Öffnung der Berliner Mauer und der Zusammenbruch der SED-Herrschaft	434
II.	Demokratisch-rechtsstaatliche Reformen der DDR	435
1.	Gesetzgebung der „alten“ Volkskammer	435
2.	Die politische Rolle der „Runden Tische“	435
3.	Die Deutschlandpolitik der DDR nach der Volkskammerwahl vom 18.3.1990	436
4.	Die Verfassungsbewegung in den Ländern	437
III.	Deutsch-deutsche Verfassungspolitik im Schatten des revolutionären Umbruchs in der DDR	437
1.	Der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers	437
2.	Die deutsch-deutsche Vertragspolitik	438
IV.	Rechtsgrundlagen der Wiedervereinigung	438
1.	Der Beitrittsbeschluss der Volkskammer vom 23. August 1990	438
2.	Der Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten vom 31. August 1990	439
3.	Der Zwei-plus-Vier-Vertrag	439
4.	Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als verfassungsrechtliches Problem	440
V.	Rechtsprobleme der Wiedervereinigung	440
1.	Eigentumsprobleme	440
2.	Strafrechtliche „Aufarbeitung“ des Schusswaffengebrauchs an den Grenzen der DDR	441
3.	Fazit: Widersprüchliche Konzepte der „Vergangenheitsbewältigung“	442
§ 48.	Die Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Staatenverbund – Die Europäisierung des Verfassungsrechts	442
I.	Deutsche Einheit und europäische Einigung	445
II.	Expliziter und impliziter Verfassungswandel	445
1.	Expliziter Verfassungswandel: Die europäische Integration im Textbefund des Grundgesetzes	445
2.	Impliziter Verfassungswandel	447
III.	Die Europäisierung des Parlamentarismus	447
1.	Die Aufwertung des Europäischen Parlaments	447
2.	Kompetenzverlust im Mehrebenensystem	448
3.	Legislativer Machtverlust im Gefüge der Staatsgewalten	450
IV.	Die Europäisierung des Föderalismus	451
1.	Einbruch in die Kompetenzordnung des Bundesstaates	451
2.	Institutionalisierte Beteiligung mit dem Vertrag von Maastricht	451

3. Amsterdam, Nizza, Föderalismusreform I und Vertrag von Lissabon	452
V. Die Europäisierung des Grundrechtsschutzes	453
1. Materielle Europäisierung der Grundrechte des Grundgesetzes	453
2. EMRK und Charta der Grundrechte der Europäischen Union	454
3. Prozedurale Europäisierung des Grundrechtsschutzes	455
VI. Die pekuniäre Europäisierung	456
1. Die Europäische Währungsunion	456
2. Staatsschulden- und „Verfassungsgerichtskrise“	457
VII. Grenzen der Europäisierung	459
1. Auf dem Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“?	459
2. Integrationschranken des Grundgesetzes	459
3. Verfassungsgerichtliche Kontrolle der Europäischen Integration	460
Anhang	461
1. Zeittafel	461
2. Historische Karten	479
Namensverzeichnis	487
Verzeichnis der Orte, Territorien und Landschaften	493
Sachverzeichnis	499


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG